

Dienstag (Nachmittag), 10. März 2020 / Mardi après-midi, 10 mars 2020

Finanzdirektion / Direction des finances

57 2019.RRGR.150 Motion 121-2019 Gerber (Hinterkappelen, Grüne)
Der Kanton Bern sagt nein zur finanziellen Ausbeutung von afrikanischen Staaten

57 2019.RRGR.150 Motion 121-2019 Gerber (Hinterkappelen, Les Verts)
Le canton dit non à l'exploitation financière d'Etats africains

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 57, einer Motion von Grossrat Gerber, Grüne. Thomas Gerber hat das Wort.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). *(Der Redner begrüsst speziell auch die Dolmetscherinnen und wendet sich an sie. / L'orateur salue en particulier les interprètes à s'adresse à elles.)* Ich hoffe, diesmal hören Sie mich.

Ich habe ein Foto einer Frau und eines Kindes aufs Rednerpult gestellt. Es könnte jemand aus Mosambik sein. Sie haben Kleider, aber kaum materielle Güter. Aber sie sind zufrieden, lachen. Kinder, sie sind die Zukunft eines Landes. Was hat das jetzt mit dem Grossen Rat des Kantons Bern zu tun? – Der Hintergrund der Motion sind die Ereignisse in Mosambik. Es geht darum, dass ein 2-Milliarden-Kredit zum Kauf von Fischerbooten am Parlament vorbeigeschleust wurde, eine illegale Aktion also. Dieser Kredit wurde von der Credit Suisse (CS) und der russischen Bank VTB bedient. Die 2 Milliarden der CS und der russischen Bank sind über dubiose Kanäle auf dem Weg zu ihrem Verwendungszweck verschwunden. Das alles konnten Sie in der Presse mehrmals lesen. Dann kam noch der Wirbelsturm Idai. Das führte dazu, dass 5 Millionen Menschen betroffen waren, 1,8 Millionen Menschen brauchten akut Hilfe, davon 1 Million Kinder. Der Staat Mosambik hatte kaum Mittel, um den geschädigten Menschen wegen der Folgen des Sturmes Idai auch nur minimal unter die Arme zu greifen. Hinzu kamen die 2 Milliarden Schulden des Staates. Das ist natürlich eine doppelte Last. Zugegeben, Mosambik ist weit weg, und viele Leute sind eh ins benachbarte Südafrika geflohen, und sicher nicht nach Europa. Aber wir haben eine Verantwortung – die Verantwortung nämlich, zu überlegen, mit welchen Firmen wir im Kanton Bern zusammenarbeiten.

Zu den einzelnen Punkten: Keine Geschäfte mit Bankinstituten, die Staaten in den Ruin treiben. Es soll verhindert werden, dass Banken über Staatsanleihen ihr Eigenkapital aufstocken und damit weitere solche faule Kredite – ich sage dem jetzt einmal so – herausgeben und sich so bereichern können. Punkt 2: Es soll öffentlich gemacht werden, welche Bankinstitute mit dem Kanton Bern zusammenarbeiten. In Punkt 3 wird der Regierungsrat dazu aufgefordert, auf die CS einzuwirken, damit sie auf die Rückzahlung dieses Kredits von 2 Milliarden verzichtet. Im Zeitalter der Konzernverantwortungsinitiative mutet es schon etwas speziell an, wenn man die Antwort des Regierungsrates liest. Die Ziffern 1 und 3 wurden nämlich mit genau drei Sätzen beantwortet. Wäre diese Antwort von einer jungen Person gekommen, hätte ich das vielleicht nachvollziehen können. Aber der Regierungsrat und der grösste Teil des Parlaments hat die Apartheid «miterlebt», wir haben Nazigold «miterlebt», wir haben nachrichtenlose Vermögen und Nummernkonti «miterlebt». Wir haben auch die Folgen miterlebt, was das für uns hiess. Zudem kennen wir den Zusammenhang von korrupten Regimes und der Migration von Menschen.

Zu Ziffer 2: Es sollte doch möglich sein, aufzulisten, mit welchen 16 Partnern der Kanton Bern in den Finanzen zusammenarbeitet. Die 240 Transaktionen – 2018 waren es 240 Transaktionen –, die für Geldbeschaffung gemacht werden, aufzulisten und dem Rat vorzulegen, sollte doch wohl auch keine Kunst sein. Ich habe eher das Gefühl, man wolle hier etwas unter dem Deckel behalten und sich nicht in die Karten blicken lassen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bin auf die Diskussion gespannt. Die Karte, die ich auf das Rednerpult gestellt habe, lasse ich noch einen Moment da.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Zuerst, für die BDP, Ueli Frutiger.

Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP). Ich kann es vorwegnehmen: Die BDP-Fraktion wird diese Motion ablehnen – nicht etwa, weil wir für unlautere Geschäfte sind, die im privaten oder im öffentlichen Bereich vorkommen. Davon distanzieren wir uns klar, auch wenn es eine Bank macht. Der Einflussbereich des Kantons Bern bei solchen Geschäften ist aber äusserst klein. Wir können auch nicht verhindern, dass in gewissen Ländern korrupte politische Systeme etabliert sind. Auch das können wir kaum von hier aus ändern. Deshalb lehnen wir das eben ab. Die Bank CS, in diesem Fall, ist eine selbstständige Organisation. Sie hat einen Kredit gewährt, für den notabene sicher ein Vertrag unterschrieben wurde, nehme ich einmal an. Ob der dort vom politischen Organ dem richtigen weiteren politischen Organ, dem Parlament, vorgelegt wurde oder nicht: Auch das können wir weder nachholen noch überprüfen. Meine Frau kommt aus Afrika, aus dem Togo. Meine Spenden und Zuwendungen, die ich getätigt habe, kamen ab und zu auch nicht dort an, wo ich wollte, weil das Land eben korrupt ist, die Einkommen klein sind, und sich die Leute so organisieren, dass sie überleben. Aus diesen Gründen lehnen wir die Motion ab.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Andrea Rüfenacht.

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP). Der Hauptpunkt in diesem Motionstext ist für die SP-JUSO-PSA-Fraktion eine Begründung im ersten Satz. Dort heisst es: «[um] damit ein Zeichen [zu] setzen». Wir werden gerne mithelfen, ein Zeichen zu setzen. Sachlich ist es allerdings so, dass es sehr wohl Aufsichtsbehörden gibt in diesem Land hier, der Schweiz, die überprüfen würden, ob das Geschäftsgebaren einzelner Banken rechtens ist. Der Kanton Bern gehört aber eben nicht zu diesen Aufsichtsbehörden. Ich würde deshalb dem Motionär beliebt machen, dass er weitere Anstrengungen unternimmt, um die richtigen Aufsichtsbehörden anzusprechen. Auch wir finden nämlich: Es kann ja nicht sein, es fördert nur den schlechten Ruf des Schweizer Finanzplatzes, wenn man keine Massnahmen gegen dieses wirklich ziemlich üble Geschäft ergreift, das da abgelaufen ist. Es ist auch sehr wohl ein Teil der Good Governance einer Bank, darauf zu achten, dass sie derartige Kredite nicht, auch nicht nach Afrika, an einen Staat vergibt, der es in dem Sinn wirklich nicht im Griff hat.

Vielleicht speziell noch zu Punkt 2: Auch dort sehen wir es ganz ähnlich wie der Motionär. Wir möchten allerdings schon, dass das nicht unsäglich viel Aufwand gibt. Handkehrum hätte es mich schon interessiert zu wissen, was es anstatt «einer Vielzahl von [...] Partnern», ist. Ist es ein Duzend, sind es 240, 3400? – Zumindest etwas genauere Zahlen offenlegen, das würde uns sehr wohl interessieren. Denn wir stellen uns auch vor, dass das nicht derart viel Aufwand erfordern würde. Vielleicht ist eben das Wort «Bericht» dafür etwas gross. In diesem Sinn, vorherrschend aber, um ein Zeichen zu setzen, wird die SP-JUSO-PSA-Fraktion dieser Motion geschlossen zustimmen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Wir könnten es uns eigentlich auch einfacher machen, als hier am Rednerpult Pirouetten zu drehen. Das hat schon begonnen und geht wahrscheinlich so weiter. Wir könnten einfach den Satz aus der Bibel sagen: «Wir waschen unsere Hände in Unschuld.» Wir sind uns dieses Händewaschen im Zeitalter des Coronavirus ja gewohnt. Aber wir Grüne machen es uns nicht so einfach. Der Motionär hat ja vorhin begründet, wo das Problem liegt und wo auch die Verbindung zum Kanton Bern besteht. Der Regierungsrat hat nur kurz und knapp geantwortet. Bei Punkt 1 hat er deutlich gemacht, dass Geschäftsbeziehungen des Kantons Bern mit der CS «im Wesentlichen» nur für die Emission von Anleihen gepflegt werden. Die zuständigen Aufsichtsbehörden sollen Vergehen ahnden.

Es macht auf den ersten Blick sicher Sinn, dass der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Aufsichtsbehörden verweist. Es ist aber auch mit aller Deutlichkeit festzuhalten, dass sich der Kanton Bern von Institutionen distanzieren muss, die, wie die CS, fragwürdige Geschäfte mit und in anderen Staaten betreiben. Solange der Kanton Bern solche Geschäftsbeziehungen pflegt, muss er sich eben distanzieren, und das haben wir in der Antwort des Regierungsrates vermisst. Deshalb ist Punkt 2 der Motion weiterhin sinnvoll, der sagt, dass der Kanton pro Legislatur einen Bericht erstellen soll, mit welchen Geldinstituten der Kanton zusammengearbeitet hat, ohne sich eben von so fragwürdigen Geschäftspraktiken zu distanzieren. Der Kanton Bern darf sich nicht einfach aus der Verantwortung stehlen. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen. Es geht auch darum, dass wir aus der Schweiz uns generell, jetzt nicht nur in Bezug auf die CS, sondern auch in Bezug auf andere Finanzinstitute, nicht mit der einen Hand nehmen lassen, was wir mit der anderen Hand geben. Was meine ich damit? – Im Bericht über die Aussenbeziehungen haben wir lesen können, dass der Kanton Bern im letzten Jahr nach der Flutkatastrophe Katastrophenhilfe für das schwer

geprüfte Land Mosambik geleistet hat. Das war gut und richtig. Aber es darf doch nicht sein, dass der Kanton Bern jetzt einfach zuschaut, wenn die CS aus diesem gleichen, schwer geprüften Land Kredite zurückverlangt, die auf betrügerische, illegale Absprachen zurückzuführen sind! Deshalb braucht es ein Ja, auch zum Punkt 3 dieser Motion.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Ich darf Ihnen im Namen der SVP zuerst bestätigen, dass wir gegen unethisches, gegen missbräuchliches und auch gegen kriminelles Geschäftsgebaren sind, ganz generell. Jetzt kommt einfach das Aber. Das Aber ist: Wir sind nicht die Aufsichtsbehörde über die CS oder die Banken. Es gibt andere Behörden. Der Regierungsrat legt überzeugend dar, dass wir hier einfach keine Zuständigkeit haben. Deshalb müssen wir diese Motion ablehnen. Der Motionär hat selber, und wahrscheinlich zu Recht, auf die Konzernverantwortungsinitiative verwiesen. Denn das wäre möglicherweise die Regelungsstufe, auf der das eine Rolle spielen könnte. Hier ist das aber nicht der Fall. Wir folgen deshalb hier der Regierung. Sie können sich auch noch ein wenig grundsätzlich überlegen: Wenn es so wäre, dass der bernische Grosse Rat das Geschäftsgebaren aller schweizerischer Konzerne in ausländischen Ländern überprüfen und dementsprechend handeln müsste, wäre das wahrscheinlich eine Aufgabe, die wir nicht wahrnehmen könnten. Wir sind auch nicht zuständig dafür. Deshalb müsste man, meiner und unserer Ansicht nach, sämtliche Ziffern dieses Vorstosses ablehnen.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Wir von der FDP schliessen uns genau dem an, was der Vorredner, Raphael Lanz, gesagt hat. Auch wir sind natürlich gegen jegliche solche Geschäfte, was absolut selbstverständlich ist. Aber wenn wir uns jetzt einmal vorstellen, wir gingen mit einem solchen Anliegen zur CS und möchten genau die Forderung, die wir dort haben. Ich glaube, ich muss nicht ausführen, was das heissen würde. Denn genau dafür sind die Organe da, die das auch untersuchen. Wenn irgendetwas nicht rechtens ist, dann werden sie einschreiten. Was jeder selbst einer CS gegenüber macht – da kommt auch eine UBS hinzu, das könnte man wohl demselben ..., wenn man das schon so will –, das muss natürlich jeder für sich selbst bestimmen. Aber ich glaube, man muss hier die richtige Flughöhe haben – auch was den Bericht anbelangt: Wir von der FDP erachten es als unverhältnismässig, diesen Aufwand zu betreiben, um einen solchen Bericht zu erstellen. Wir lehnen das ab.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Ich spreche nicht als Fraktionssprecher, sondern als Einzelsprecher. Ich möchte hier einfach noch einbringen: Es braucht immer zwei, mindestens zwei, wenn etwas in einem solchen Fall korrupt läuft. Es ist so: Es gibt, wie wir wissen, Indizes, die uns sagen, dass afrikanische Staaten tendenziell korrupter sind. Ich war letztes Jahr selbst in Malawi. Dort entstand in der Hauptstadt ein ganz neuer Stadtteil, weil irgendwann ein paar hundert Staatsangestellte die Idee hatten, sie könnten die Staatskasse plündern, ein paar Milliarden US-Dollar rausnehmen und Kofferräume voller Cash für sich brauchen. Ein ganz neuer Stadtteil entstand. Er heisst Cashgate, nicht Watergate, sondern Cashgate. Das Ausmass an Korruption, das zum Teil stattfindet, dass da zum Beispiel in Mosambik 2 Milliarden an einem Parlament vorbeigeschleust werden, ist haarsträubend. Jetzt kann man sagen: «Das ist nicht unser Problem, es passiert ja dort.» Und das ist so. Ich bin auch einverstanden. In erster Linie müssen die Leute vor Ort sauber regieren und es ist ihre Verantwortung. Und doch finde ich: Wir dürfen auch Schweizer Unternehmen zur Verantwortung ziehen und sagen: «Wollen wir noch weiter mit diesen zusammenarbeiten oder nicht? Oder wollen wir ihnen einmal einen Rüffel geben?» – Ich denke, als Kunde der CS dürfte der Kanton Bern hier intervenieren und das entsprechend signalisieren. Das heisst nicht, dass wir alle Unternehmungen beaufsichtigen müssen. Aber bei denen, bei denen man mit Milliarden oder hunderten von Millionenbeträgen zusammenarbeitet, finde ich es durchaus angebracht, auch wenn es am Ende ein Zeichensetzen ist – einfach, um zu signalisieren, dass man nicht alles durchgehen lassen kann.

Ich weiss nicht, ob Sie sich ein wenig mit der Bankenkrise 2008 befasst haben. Es gibt einen guten Film darüber. Er heisst «The Big Short». Was da herauskommt ist: Niemand ist es. Die schlimmsten kriminellen Machenschaften wurden betrieben, und am Ende wurde eigentlich niemand zur Rechenschaft gezogen. Das passiert in der Hochfinanz. Das passiert vor allem bei den Big Banks. Dort würde es sehr, sehr Not tun, dass man eben hinschaut, dass man nicht einfach sagt: «Das sind jetzt einfach diese riesigen Imperien.» Und das sind sie. Es sind wirklich Imperien. Manchmal sind sie einflussreicher und grösser als ganze Nationalstaaten. Aber gerade umso wichtiger, dem

Kapitalismus zuliebe, sollte man genau solche Missstände beim Namen nennen und Druck machen. Denn es passiert sonst viel zu wenig.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Die EVP sagt Nein zu jeder Form von Ausbeutung, sagt Nein zu jeder Form von Ausbeutung auf jedem Kontinent und überall. Die Konzernverantwortungsinitiative hat bei der EVP breite Unterstützung. Nun, dieser Vorstoss: Es ist wohl das letzte Mal, dass ich hier am Rednerpult stehe. Ich geniesse es noch einmal, wenn Sie mir zuhören. Das hat mich ziemlich zum Nachdenken gebracht. Erstens bin ich sehr dezidiert der Meinung, dass wir hier im Saal nicht Zeichen setzen, sondern dass wir hier Politik machen sollten. Wir setzen als Rat viel zu oft Zeichen und senden Signale. Manchmal ist es richtig, ein Zeichen zu setzen. Ich habe mich bei den Sprechenden der Grünen und Linken gefragt: Haben Sie das Zeichen privat gesetzt, das Sie vom Grossen Rat verlangen, dass er der Regierung gegenüber diese Forderung stellt? Haben Sie dieses Zeichen gesetzt? Pflegt niemand von Ihnen mehr irgendwelche Geschäftsbeziehungen mit der hier erwähnten Bank? – Und weiter ist es so: Es gibt gewisse Geschäfte, für die man wahrscheinlich eine Grossbank braucht. Die mit den drei Buchstaben, die jetzt hier nicht erwähnt wird: Ist die braver als die andere? Können wir ein Beispiel nehmen, ein Beispiel eines mutmasslich unsauberen Geschäfts auf dieser Welt, und dann deshalb ein Institut anders behandeln als die anderen? –

Der dritte Punkt geht in die gleiche Richtung. Ich bin der Überzeugung, dass wir eine ganze Liste von Konzernen erstellen können, oder die Regierung könnte das machen, eine Liste mit schwierigen Geschäften. Nicht nur das, welches hier im dritten Punkt erwähnt ist. Hauen wir dort auch immer auf den Tisch? Sind wir dort auch konsequent? – Ich finde, es ist ein sehr schwieriger Vorstoss. Es ist auch für uns von der EVP ein schwieriger Vorstoss. Ich will nicht Bibelstellen zitieren. Das wurde gemacht. Ich will auch nicht die Hände in Unschuld waschen. Aber es ist unglaublich schwierig, bei einem einzelnen Beispiel bei einem einzelnen Grosskonzern jetzt hier eine Sonderbehandlung machen zu wollen, und bei allem anderen wegzuschauen, oder zu sagen: «Okay, wir müssen jetzt hier eben einmal ein Zeichen setzen.» Es gibt vielleicht ein paar solche zeichensetzende, zustimmende grüne Knöpfe der EVP. Das kann sein, namentlich beim zweiten Punkt. (*Der Redner wendet sich an den Präsidenten. / L'orateur se tourne vers le président.*) Ich gehe davon aus, dass Sie punktweise abstimmen lassen werden. Ich habe den Eindruck, dass namentlich der zweite Punkt nicht so wahnsinnig schwierig wäre und es durchaus interessant sein könnte. Ob er hier dem Grossen Rat oder der FiKo oder jemand anderem vorgelegt wird: Ein kurzer knapper Bericht, alle vier Jahre einmal, sollte wohl schon möglich sein, um zu sagen: «Mit diesen Instituten arbeitet der Kanton zusammen.» Ich fasse zusammen: Es ist mega schwierig, hier Position zu beziehen, denn mehr als ein Zeichen ist es eh nicht. Es ist nur ein sehr punktuell und ein sehr selektives Zeichen, das man setzt. Die EVP ist grundsätzlich dagegen, solche Zeichen zu setzen. Sie ist auch der Meinung, dass die Zuständigkeit wohl nicht hier beim Rat liegt, um über einzelne Geschäfte auf dem Weltmarkt zu diskutieren und zu richten. In diesem Sinn: Deshalb muss ich offenlassen, wie viele zustimmende Sympathiestimmen und Zeichen es zu den einzelnen Punkten geben wird.

Präsident. Ich fasse dies als Antrag auf punktweise Abstimmung auf. Als Einzelsprecher, Carlos Reinhard.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Ich wollte eigentlich zu diesem Thema nichts sagen. Es ist ein heikles Thema. Es geht mir ein wenig ähnlich wie dem Vorredner. Aber ich distanzieren mich, wenn man irgendeine Institution oder Firma verurteilt. Sie ist auf der Anklagebank, man hat sie verurteilt, und man bestraft sie auch gleich noch. Wir haben sie nie angehört, und das finde ich schlimm. Der Kanton Bern hat von diesem Institut sicher auch Steuereinnahmen gehabt und so weiter. Das hat man genommen, das verteilt man. Es wäre konsequent, wenn man sagen würde: Der Kanton Bern verzichtet auf jegliche Steuereinnahmen dieser Institution. Das wäre konsequent. Dann geht es hier eigentlich nicht darum, dass man sagt, sie sollen auf den Kredit verzichten, sondern um eine Spende. Dann könnte auch der Kanton Bern sagen, er helfe mit: «Wir spenden gleichzeitig auch noch eine Milliarde dafür.» Das wäre konsequent. Ich distanzieren mich von solchen Vorverurteilungen, wie sie hier suggeriert werden.

Präsident. Damit sind wir am Ende der Rednerliste angelangt. Ich gebe das Wort Finanzdirektorin Simon.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Sie konnten es bereits in der Vorstossantwort des Regierungsrates lesen: Der Regierungsrat nimmt keine Beurteilung der Geschäftstätigkeit der CS mit anderen Geschäftspartnern vor. Dafür sind die entsprechenden Aufsichtsbehörden zuständig. Und sollten Vertreterinnen oder Vertreter der CS im Zusammenhang mit dem im Vorstoss zitierten Finanzskandal in Mosambik strafrechtliche Handlungen begangen haben, dann sind diese selbstverständlich zu verurteilen – aber eben von den zuständigen Gerichten, und wohl eher nicht durch den Regierungsrat des Kantons Bern.

Zum Punkt 2: Der Kanton Bern pflegt auf dem Geld- und Kapitalmarkt Geschäftsbeziehungen mit einer grossen Anzahl wechselnder Partner zu unterschiedlichen Laufzeiten. Alleine im Jahr 2018 waren es 240 Geldmarkttransaktionen. Ja, liebe Grossrätinnen und Grossräte, über den Mehrwert eines solchen Berichts, in dem man über diese umfangreichen Geschäftsbeziehungen berichtet: Das ist – a – sehr aufwendig, und hinter den Informationsgehalt muss man mindestens ein Fragezeichen setzen. Der Regierungsrat erachtet das Erarbeiten eines solchen Berichts ganz klar als nicht verhältnismässig. Er bittet Sie deshalb, diesen Punkt der Motion auch abzulehnen, und generell; es sind ja total drei Punkte. Wir haben Ihnen ja in der schriftlichen Antwort erklärt, weshalb wir dagegen sind. Generell sind wir der Meinung, dass diese Motion abgelehnt werden muss. Es ist wichtig und vonseiten der Regierung ganz klar festzuhalten: Wir unterstützen natürlich solches Geschäftsgebaren überhaupt nicht, indem wir die Motion ablehnen. Aber wir sind in diesen speziellen Bereichen nicht zuständig, und deshalb bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.

Präsident. Wir kommen ... nicht zur Abstimmung. Wir kommen zu einem weiteren Votum des Motionärs. Thomas Gerber, Sie haben das Wort.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Vielen Dank für die interessante Diskussion. Ich fand es doch recht spannend, zuzuhören. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob genau das herauskam, was ich mit diesem Vorstoss schlussendlich erreichen wollte. Eigentlich geht es hier darum, wenn ein Geldinstitut wie eine Bank ein Staatsanleihen macht, haben sie die Möglichkeit, diese Staatsanleihen entweder an Drittpersonen herauszugeben, oder sie können sie behalten und dadurch Eigenkapital öffnen oder anlegen. Das heisst wiederum, dass man sozusagen den zehnfachen Betrag an Krediten herausgeben kann. Also, wenn man eine halbe Milliarde Staatsanleihen aufnimmt, wird man 5 Milliarden an Krediten herausgeben können. Das ist eigentlich der Punkt, nämlich, dass wir, wenn wir als Kanton Bern irgendwo Geld aufnehmen, hinschauen, was schlussendlich mit diesen Staatsanleihen passiert. Weshalb brauchen wir dieses Geld? – Das wissen wir: Weil wir unseren Kreditverpflichtungen nachkommen müssen. Aber was geschieht dort im Hintergrund? – Das ist ein Punkt. Auf die einzelnen Dinge gehe ich nicht gross ein. Es ist für mich einfach ein wenig so: Wir sind zwar alle gegen Gewalt, alle zusammen, aber wir schauen immer wieder weg. Wir sind gegen Kriminalität, aber eigentlich schauen wir auch dort immer ein wenig weg. Hier haben Sie jetzt einmal die Möglichkeit, hinzuschauen, auf den grünen Knopf zu drücken. Ich wünsche eine punktweise Abstimmung.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben drei Punkte in dieser Motion. Wer den Punkt 1 dieser Motion annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.150; Ziff. 1)

Vote (2019.RRGR.150 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 52

Nein / Non 92

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben den Punkt 1 abgelehnt, mit 92 Nein- gegen 52 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zum Punkt 2. Das ist der Bericht. Wer den Punkt 2 annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.150; Ziff. 2)

Vote (2019.RRGR.150 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 53

Nein / Non 91

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben auch den Punkt 2 abgelehnt, mit 91 Nein- gegen 53 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Dann kommen wir noch zu Punkt 3. Es geht darum, auf die Rückforderung zu verzichten. Wer den Punkt 3 annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.150; Ziff. 3)

Vote (2019.RRGR.150 ; ch. 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 52

Nein / Non 92

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Auch der Punkt 3 wurde abgelehnt, mit 92 Nein- gegen 52 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.